

PRO

Eine transatlantische Doppelstrategie gegenüber China

Die Wahl Joe Bidens zum amerikanischen Präsidenten hat Erwartungen an bessere Beziehungen zwischen den USA und Europa geweckt. Nirgendwo sind sie notwendiger als bei der Formulierung einer gemeinsamen China-Strategie.

Gerhard Hinterhäuser, Friedbert Pflüger

16.04.2021, 05.30 Uhr



Die im Bau befindliche Brücke, die die Halbinsel Peljesac mit dem kroatischen Festland verbinden soll. Das Bauwerk wird unter Leitung der China Road and Bridge Corporation errichtet. Das Investitionsvolumen beträgt 420 Millionen Euro.

Grgo Jelavic / Pixsell / www.imago-images.de

Chinas Präsident Xi Jinping strebt für sein Land einen «Platz im Zentrum der Weltbühne» an. Spätestens 2049, zur 100-Jahr-Feier der Volksrepublik, soll China die grösste Volkswirtschaft

der Welt sein. Mit ökonomischer, aber vermehrt auch mit militärischer Macht setzt Peking seine Interessen durch. China ist in einen weltweiten Systemwettbewerb eingetreten. Gleichzeitig sucht es Revanche für die Erniedrigung, die dem Land durch die Kolonialisierung im 19. Jahrhundert zugefügt wurde.

Es gibt viele Beispiele für die chinesische Machtentfaltung in der letzten Dekade: Im Südchinesischen Meer hat China durch Landaufschüttungen bei einsamen Atollen Militärstützpunkte errichtet, und Peking kontrolliert durch Pachtverträge die strategisch wichtigen Häfen von Darwin in Australien und Hambantota in Sri Lanka. Mit der Belt-and-Road-Initiative weitet China seinen Einfluss mit Infrastruktur- und Energieprojekten sowie Finanzdiplomatie über Zentralasien und den Nahen Osten bis tief nach Europa aus. In Griechenland kauft eine chinesische Firma den Hafen von Piräus, in Kroatien bauen chinesische Wanderarbeiter eine 2,5 Kilometer lange Brücke, mitfinanziert durch die EU. 2019 wurde die National Basketball Association (NBA) der USA mit Sanktionen bestraft, als einer ihrer Manager in einem Tweet die Demonstranten in Hongkong lobte. Die Strafe hatte negative Auswirkungen auf das Chinageschäft der NBA.

Die USA fühlen sich bedroht

Die USA sehen in diesen Ambitionen Chinas eine ernsthafte Bedrohung. China wolle die Weltordnung verändern, sein Wertesystem exportieren und investiere grosse Summen in die Entwicklung moderner Waffensysteme, um auch militärisch zu den USA aufzuschliessen.

Es haben sich erhebliche Konfliktzonen aufgebaut. Wie leicht können aus Handels- und Technologiekriegen manifeste

militärische Konflikte werden. Aus dem Streit um die Paracel- und die Spratly-Inseln oder um Taiwan könnte sich leicht ein bewaffneter Konflikt entwickeln. Der Harvard-Professor Graham Allison sieht die USA und China auf dem Weg zum Krieg («destined for war») und vergleicht den Wettlauf der beiden Supermächte mit der antiken Konfrontation zwischen dem Herausforderer Athen und der etablierten Macht Sparta («Thukydides-Falle»). In Zeiten von Nuklearwaffen und globalen ökonomischen Abhängigkeiten wie heute wäre ein Krieg eine Katastrophe für die Menschheit!

Was kann Europa tun? Der französische Präsident Emmanuel Macron fordert die strategische Eigenständigkeit Europas. Andere meinen, dass die polarisierte amerikanische Gesellschaft kein Vorbild mehr sei. Der Westen übertreibe den Individualismus, die Demokratien erwiesen sich gegenüber den weltweiten Gefahren als zu schwerfällig, heisst es, China dagegen sei leistungsfähig und dynamisch. Darüber hinaus werden Unterschiede in den Interessen zwischen den USA und Europa betont. Europa solle sich emanzipieren.

Die Autoren



Gerhard Hinterhäuser

Dr. Gerhard Hinterhäuser ist Partner für Asien bei der Unternehmensberatung Bingmann Pflüger International und Mitglied im Investitionskomitee der Kieger (Luxemburg) SA. Von 2006 bis 2014 war er Mitglied der Geschäftsführung eines grossen chinesischen Staatsunternehmens. Hinterhäuser war in Tokio, Hongkong und Singapur bei grossen Finanzinstituten in leitender Funktion tätig und spricht fließend Chinesisch und Japanisch.

Zur Person



Friedbert Pflüger

Prof. Dr. Friedbert Pflüger lehrt am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (Cassis) der Universität Bonn. Er war Staatssekretär in der ersten Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ist seit 2009 geschäftsführender Partner der Unternehmensberatung Bingmann Pflüger International.

Wahr ist: Europa muss mehr Eigenständigkeit gewinnen und endlich lernen, in wesentlichen Fragen mit einer Stimme zu sprechen. Nur so kann sich seine wirtschaftliche Potenz auch in politisches Gewicht umsetzen. Wahr ist aber auch, dass selbst ein einiges Europa zur Wahrung seiner Interessen und Werte die Kooperation mit den USA sowie den anderen Mitgliedern des politischen Westens wie Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Indien sowie weiten Teilen Lateinamerikas benötigt. Einem Machtfaktor von der Grösse und dem Ehrgeiz Chinas kann nur durch eine Allianz der Demokratien entgegengetreten werden. Ein Europa, das sich dem chinesischen Verständnis von Multilateralismus verschreibt, wird bald merken, dass dieser in den Augen Chinas nur der

Übergang zur globalen Dominanz bedeutet: von der Pax Americana zur Pax Sinica!

Zwischen den USA und Europa gab und gibt es auch Interessengegensätze. Wenn Joe Biden es jedoch ernst damit meint, im transatlantischen Verhältnis wieder mehr auf Kooperation und Diplomatie statt auf Drohungen und Sanktionen zu setzen, dann können solche Unterschiede aufgelöst werden. Dann kann man – statt sich zu streiten – gemeinsam die Herausforderung des systemischen Rivalen annehmen. Europa sollte also nicht auf Eigenständigkeit um seiner selbst willen setzen, sondern innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft europäischen Standpunkten Gehör verschaffen.

Europa kann vermittelnd tätig werden

Europa sollte auf eine transatlantische China-Strategie in dem Sinne einwirken, dass neben der Eindämmung chinesischen Machtstrebens auch Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebt werden. Wo erhebliche Meinungsunterschiede vorhanden sind, muss ein Modus Vivendi ausgehandelt werden, um einer Eskalation gegenseitiger Vorwürfe und Sanktionen vorzubeugen. Hier kann Europa seine guten Beziehungen zum Reich der Mitte einsetzen und vermittelnd tätig werden.

Darüber hinaus sollten die europäischen Staaten die USA zu einer neuen Entspannungspolitik gegenüber Russland drängen, um Moskaus traditionelle europäische Orientierung zu stärken und eine chinesisch-russische Achse zu verhindern. Moskau und Peking sind in den letzten Jahren konsequent zueinander gerückt. Das neueste Projekt findet im Weltraum statt, wo eine gemeinsame Mondstation geplant ist. Die Logik einer

Annäherung an Russland gewinnt inzwischen auch in Washington an Boden. So veröffentlichte das Atlantic Council wenige Tage nach der Inauguration Joe Bidens unter der Überschrift «The Longer Telegram» (in Anspielung auf George Kennans historisches «Long Telegram» aus dem Jahr 1946 zur US-Politik gegenüber der Sowjetunion) ein Papier, das durchaus als Leitschnur für die Biden-Administration angesehen werden kann. Es sei für die USA geboten, ihre Beziehungen zu Moskau wieder «in die Balance» zu bringen. Es wäre der «grösste geostrategische Irrtum», wenn die USA es zuliessen, dass Russland vollständig in Chinas «strategische Umarmung» drifte. Nicht Russland, sondern China sei die bedeutendste Herausforderung für die Vereinigten Staaten.

Unabhängig von solchen geostrategischen Erwägungen muss die EU dafür werben, dass Washington und Peking über ihrer Rivalität nicht vergessen, dass globale Herausforderungen wie Klimawandel, Artensterben, Pandemien, Weiterverbreitung von Atomwaffen oder islamistischer Terrorismus eine konstruktive Zusammenarbeit mit China dringend erfordern.

Die Administration Biden - Harris sollte sehr bald mit den europäischen Nationen eine Doppelstrategie festlegen: einerseits im Verein mit den anderen Demokratien und weiteren Alliierten die Macht Chinas eindämmen und, wo nötig, Peking entgegentreten – bis hin zur Definition «roter Linien». Andererseits aber die wirtschaftliche Kooperation und den politischen Dialog im westlichen Interesse und bei den globalen Überlebensfragen fortsetzen.

Mehr zum Thema



GASTKOMMENTAR

George Kennan lebt – in den USA wird über die «Eindämmung» Chinas debattiert, leider nicht immer ganz realitätsnah

Im Verhältnis USA - China ist oft von einem neuen kalten Krieg die Rede. In der Tat hat man in Amerika den Glauben an eine mögliche Liberalisierung der stählernen Herrschaft der Kommunistischen Partei verloren. Eine ähnliche Situation wie 1945 gegenüber der Sowjetunion.

Eberhard Sandschneider 26.03.2021



KOMMENTAR

Europa und Amerika: Rettet China den Zusammenhalt des Westens?

Europa, so scheint es, ist nach dem Zusammenstoss mit China wieder in die Arme Amerikas geflüchtet. So wichtig die Erneuerung der transatlantischen Allianz ist, Europa muss sicherheitspolitisch selbständiger werden.

Andreas Ernst 09.04.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.